Abgeordnetenhausberlin

Drucksache 19 / 11 622 Schriftliche Anfrage

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Julian Schwarze (GRÜNE)

vom 11. April 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. April 2022)

zum Thema:

Bebauungspläne für Grundstücke und Liegenschaften des Bundes

und **Antwort** vom 02. Mai 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. Mai 2022)

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Herrn Abgeordneten Julian Schwarze (Grüne) über

<u>den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin</u> über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/11622 vom 11. April 2022 über Bebauungspläne für Grundstücke und Liegenschaften des Bundes

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Welche Bebauungspläne sind aktuell in Bearbeitung, die Planungsrecht für bundeseigene Grundstücke oder Grundstücke für Nutzungen des Bundes schaffen sollen? Wie bzw. was sind die

- aktuellen Verfahrensstände der Bearbeitung;
- Veranlassung und Erforderlichkeit der Planung;
- Ziele der Planung und wesentlicher Planinhalt; und wann ist jeweils von einer Vorlage zur Beschlussfassung auszugehen?

Antwort zu 1:

Bebauungsplan 1-69 "Luisenblock Ost" im Bezirk Mitte, Ortsteil Mitte

- Verfahrensstand: Vorbereitung eines Städtebaulichen Wettbewerbs
- Veranlassung und Erforderlichkeit: Städtebauliche Neuordnung zur Vollendung des Bandes des Bundes. Planungsrechtsschaffung mittels Bebauungsplan.
- Planungsziele/ wesentlicher Planinhalt: Deckung der Bedarfe des Deutschen Bundestages im Parlaments- und Regierungsviertel sowie Herstellung der erforderlichen Erschließung.
- Vorlage zur Beschlussfassung: geplant 1. Quartal 2024

Bebauungsplan 1-94 Besucher- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages (BIZ) im Bezirk Mitte, Ortsteil Tiergarten

 Verfahrensstand: Vorbereitung der erneuten Behördenbeteiligung gem. § 4a BauGB

- Veranlassung und Erforderlichkeit: Neubau eines Besucher- und Informationszentrums des Deutschen Bundestages. Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen.
- Planungsziele/ wesentlicher Planinhalt: Neubau eines Besucher- und Informationszentrums des Deutschen Bundestages, einer gastronomischen Einrichtung und einer öffentlichen Toilettenanlage sowie Bau einer unterirdischen Kältezentrale und einer Sicherungsanlage (AHA-Graben).
- Vorlage zur Beschlussfassung: geplant Frühjahr 2023

Bebauungsplan 1-106 Erweiterung des Bundeskanzleramtes auf dem Moabiter Werder im Bezirk Mitte, Ortsteil Moabit

- Verfahrensstand: Vorlage zur Beschlussfassung
- Veranlassung und Erforderlichkeit: Erweiterung des Bundeskanzleramtes
- Planungsziele/ wesentlicher Planinhalt: Errichtung eines 22 m hohen Bürogebäudes für 400 Beschäftigte. Auf der bundeseigenen Fläche südlich der Polizei- und Feuerwache an der Elisabeth-Abegg-Straße sind ein Post- und Logistikzentrum sowie die Zufahrtskontrolle geplant.
- Beschlussfassung: 2. Quartal 2022

Bebauungsplan 1-111 Scharnhorststraße im Bezirk Mitte, Ortsteil Mitte

- Verfahrensstand: Vorbereitung der frühzeitigen Beteiligungsschritte gem. § 3 (1) sowie § 4 (1) BauGB
- Veranlassung und Erforderlichkeit: Durchführung des erforderlichen Ausgleichs im Naturhaushalt im Zuge des Bebauungsplanverfahrens 1-94 (BIZ). Sicherstellung der geordneten städtebaulichen Entwicklung der innerstädtischen Fläche.
- Planungsziele/ wesentlicher Planinhalt: Sicherung einer öffentlichen Grünfläche mit einer öffentlichen Verbindung zum Pankegrünzug sowie Erweiterung des Invalidenfriedhofes. Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die geplante Erweiterung des Bundesministeriums für Wirtschaft.
- Vorlage zur Beschlussfassung: N.N.

Bebauungsplan 4-69 Hertzallee/ Hardenbergplatz im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, Ortsteil Charlottenburg

- Verfahrensstand: Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung und erneute, eingeschränkte Behördenbeteiligung im August/ September 2021.
- Veranlassung und Erforderlichkeit: Städtebauliche Neuordnung der innerstädtischen Fläche für weitere Büroflächen sowie öffentlich zugänglicher Freiflächen.
- Planungsziel/ wesentlicher Planinhalt: Nutzung von Nachverdichtungspotenzialen inkl. einer vertikalen Verdichtung unter Wahrung des Denkmalschutzes.
- Vorlage zur Beschlussfassung: geplant 2024/2025

Bebauungsplan 12-50fa für eine südöstliche Teilfläche des Flughafens Berlin Tegel "Otto Lilienthal" sowie die Cité Pasteur zwischen den Rollbahnen östlich und nördlich des Flughafenterminals, dem Kurt-Schumacher-Damm und einer Linie ca. 25 m südlich des Parkplatzes im Bezirk Reinickendorf, Ortsteil Tegel

- Verfahrensstand: Vorbereitung der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB
- Veranlassung und Erforderlichkeit: Planungsrechtsschaffung zur Realisierung der städtebaulichen und nutzungsstrukturellen Entwicklungsziele in der Cité Pasteur. Neuorientierung und Umstrukturierung der unbeplanten Außenbereichsflächen des Flughafens Tegel.
- Planungsziel/ wesentlicher Planinhalt: Nachverdichtung und Erweiterung der Cité Pasteur sowie planungsrechtliche Sicherung von öffentlichen Parkanlagen und sozialer Infrastruktur. Festsetzung eines eingeschränkten Gewerbegebietes.
 Vorlage zur Beschlussfassung: Die Festsetzung ist mittelfristig angestrebt. (Realisierung des Wohnungsbaus ist für das Jahr 2028 geplant.)

Frage 2:

Für welche bundeseigenen Grundstücke oder Grundstücke für Nutzungen des Bundes ist die Aufstellung von Bebauungsplänen geplant? Wie bzw. was sind die

- aktuellen Verfahrensstände der Vorbereitungen;
- Veranlassung und Erforderlichkeit der Planung;
- Ziele der Planung und wesentlicher Planinhalt; und wann ist jeweils von einem Aufstellungsbeschluss auszugehen?

Antwort zu 2:

Bebauungsplan 1-114VE 2. Bauabschnitt zur Zentralisierung des Robert-Koch-Instituts (RKI) am Nordufer 20 im Bezirk Mitte, Ortsteil Wedding

- Verfahrensstand: Vorbereitung des Aufstellungsbeschlusses
- Veranlassung und Erforderlichkeit: Unterbringung des RKI im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) in einem Neubau unter Einbezug der denkmalrechtlichen Anforderungen der Bestandsgebäude.
- Planungsziele/ wesentlicher Planinhalt: Ziel ist die Sicherung eines Hochhauses zur Unterbringung von Büro- und Sonderflächen unter Einbeziehung des Bestandes.
- Geplanter Aufstellungsbeschluss: 2. Quartal 2022

Bebauungsplan 2-64 Erweiterung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) an der Stresemannstraße/ Ecke Anhalter Straße im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, Ortsteil Kreuzberg

- Verfahrensstand: Vorbereitung des Aufstellungsbeschlusses
- Veranlassung und Erforderlichkeit: Errichtung eines Neubaus sowie Sicherung der städtebaulichen Ziele und Qualitäten
- Planungsziele/ wesentlicher Planinhalt: Erweiterung des BMZ mit zusätzlichen Büroflächen und Konferenzräumen sowie einem Besucher- und Informationszentrum. Es ist eine freiräumliche Verbindung mit dem Umfeld des zu sanierenden Europahauses angestrebt.
- Geplanter Aufstellungsbeschluss: 2. Quartal 2022

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme ehemaliger Güterbahnhof Köpenick (neues Stadtquartier), Teilfläche des förmlich festgelegten städtebaulichen Entwicklungsbereichs ehemaliger Güterbahnhof Köpenick im Eigentum des Bundeseisenbahnvermögens (BEV) im Bezirk Treptow-Köpenick, südlich S-Bahngleise zwischen Bahnhof Köpenick und Hirschgarten; Elcknerplatz 20, 22 und Am Wiesenrain 16B.

- Verfahrensstand: Vorbereitung eines städtebaulichen Werkstattverfahrens für das Gesamtgebiet zur Qualifizierung der Rahmenplanung
- Veranlassung und Erforderlichkeit: zügige Entwicklung von Wohnungsbauflächen, Gemeinbedarfsflächen, Verkehrsflächen und Grünflächen im städtebaulichen Entwicklungsbereich
- Planungsziele/ wesentliche Planinhalte: Der Bebauungsplan 9-81 setzt Flächen für den Wohnungsbau, öffentliche Grünflächen, Verkehrsflächen sowie Gemeinbedarfsflächen für die Realisierung einer Gemeinschaftsschule, einer Jugendfreizeiteinrichtung sowie einer Kita fest. Der Bebauungsplan 9-84 dient als planfeststellungsersetzender Bebauungsplan für die Ortsumfahrung über die Bahnhofstraße.
- Geplanter Aufstellungsbeschluss: Mitte Juni 2022

Berlin, den 2.5.22

In Vertretung

Prof. Petra Kahlfeldt

.....

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen